

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Jahrgang-Anzeigen die 3 geplatzte Kolonial-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt in sich die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands und ist zur Zeit der stärkste Gewerkschaftsbund der Welt. Als auf der Tagung des Kongresses, im Juli 1919, die alte Gewerkschaftsvereinigung ihren neuen Namen erhielt, gehörten ihr 5,7 Millionen Mitglieder an, und diese Zahl wuchs bis zum Schlusse des Jahres auf 7,3 Millionen. Nunmehr veröffentlicht der Bundesvorstand in einer Beilage zu der Nr. 44 des „Korrespondenzblattes“ eine statistische Uebersicht über „Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1919“, die uns den gewaltigen Aufschwung, den die freien Gewerkschaften seit dem Ausbruch der Revolution genommen, anschaulich vor Augen führt.

Im Jahre 1918 umfaßten die freien Gewerkschaften fünfzig Zentralverbände, die zusammen einen Bestand von 10 365 Zweigvereinen hatten und im Jahresdurchschnitt 1 664 991 Mitglieder, darunter 422 957 weibliche, zählten. Im Laufe des Berichtsjahres traten dem Bunde neu bei die Verbände der Film- und Kinoangehörigen, Hotelangestellten, Poliere und Schornsteinfeger. Die Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten schlossen sich mit dem Verbande der Versicherungsbeamten, der nicht der früheren Generalkommission angehörte, zu dem Verbande der Angestellten zusammen, und der Verband der Bildhauer ging zum Verband der Holzarbeiter über. Es gehörten demnach am Schlusse des Jahres 1919 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde 52 Zentralverbände an. Die Statistik erstreckt sich jedoch nur auf 51, da die Hotelangestellten keinen Bericht einbrachten. Die an der Statistik beteiligten Verbände hatten einen Bestand von 23 862 Zweigvereinen; er hat sich gegen die Vorjahrszeit nahezu verdoppelt und gegenüber dem Vorjahre um 13 497 Zweigvereine erhöht. Es hatten die Verbände am Schlusse der angeführten Quartale Mitglieder:

	im ganzen	davon weiblich
3. Quartal 1918	1 468 132	383 894
4. " 1918	2 866 012	666 392
1. " 1919	4 677 877	998 828
2. " 1919	5 779 291	1 255 282
3. " 1919	6 582 359	1 390 513
4. " 1919	7 338 132	1 612 636

Das Jahr 1919 schließt mit 7 338 132 Mitgliedern ab. Die Zunahme gegenüber der Schlusszahl des Vorjahres beträgt 4 472 120. Der stärkste Andrang zu den Gewerkschaften erfolgte gegen Ende des Jahres 1918, gleich nach Ausbruch der Revolution, bis Mitte 1919, dann wurde die Zunahme geringer. Immerhin ist der Zuwachs an Mitgliedern auch im zweiten Halbjahr noch erheblich. Vom 3. zum 4. Quartal 1919 erhöhte sich der Mitgliederbestand noch um 775 773.

Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1919: 5 479 073 Mitglieder, darunter 1 192 767 weibliche. Gegenüber dem Vorjahre trat eine Vermehrung von 3 044 272 männlichen, 769 810 weiblichen, zusammen 3 814 082 Mitgliedern ein. Recht erfreulich ist es, daß die Gewinnung der Frauen für die Gewerkschaft, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich sind, nach der Revolution bessere Fortschritte gemacht hat, als es vor ihr der Fall war. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedszahl betrug 1919 21,8 v. H. gegen 8 v. H. im Jahre 1913.

Unter den Verbänden befinden sich 11, deren Mitgliederbestand überwiegend aus weiblichen Mitgliedern besteht, und zwar sind es die folgenden, denen die Gesamtzahl an erster Stelle und die der weiblichen Mitglieder an zweiter Stelle in Klammern beigefügt ist: Angestellte (196 957, 107 796), Buchbinder (58 956, 40 609), Buchdruckereihilfsarbeiter (26 896, 17 955), Chonjänger (4407, 2585), Film- und Kinoangehörigen (3735, 1935), Hausangestellten (25 043, 24 840), Gummachler (17 446, 11 510), Kürschner (5972, 3138), Schneider (114 555, 67 239), Tabakarbeiter (57 084, 42 539) und Textilarbeiter (308 705, 204 982). Diese 11 Verbände zählten zusammen 523 128 weibliche Mitglieder = 45,6 v. H. ihrer Gesamtzahl.

Der Mitgliedererwerb der einzelnen Verbände zeigt kein einheitliches Bild; seine Größe war abhängig von dem Umfange, in welchem die verschiedenen Berufsgruppen ihren Organisationen vor der Revolution noch fernstanden. So hat der Verband der Buchdrucker, der bereits früher ein gutes Organisationsverhältnis aufwies, im Laufe des Jahres 1919 nur ein Zuwachs von 20 361 Mitgliedern erhalten, während der Landarbeiterverband um 599 465 zunahm. Die Zahl der Verbände mit über 100 000 Mitgliedern ist von 7 im Jahre 1913 auf 12 im Berichtsjahre gestiegen. Es hatten die 12 größten Verbände 1919 im Jahresdurchschnitt Mitglieder: (die in Klammern gesetzten Zahlen sind die des Jahres 1913) Metallarbeiter 1 301 536 (556 939), Fabrikarbeiter 477 251 (210 569), Bergarbeiter 396 950 (104 113), Transportarbeiter 393 803 (229 785), Bauarbeiter 329 165 (326 631), Textilarbeiter 308 705 (141 484), Holzarbeiter 284 940 (195 441), Landarbeiter 265 862 (19 077), Eisenbahner 222 685 (—), Gemeinde- und Staatsarbeiter 201 662 (52 996), Angestellte 196 957 (32 160) und Schneider

114 555 (49 978). Die Verbände mit über 100 000 Mitgliedern machten 1913 68,6 v. H., 1919 dagegen 82 v. H. des gesamten Mitgliederbestandes aus.

Die Einnahme- und Ausgabejournale der Zentralverbände sind 1919 zu einer solchen Höhe angewachsen, daß sie kaum noch in Vergleich mit den Ergebnissen der Finanzwirtschaft der früheren Jahre gestellt werden können. In erster Linie ist das Anschwellen der Summen auf unsere stark Geldentwertung zurückzuführen. Alle Ausgaben der Verbände sind durch die Verteuerung ins fabelhafte gestiegen; die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten,

Was der Unternehmer durch seinen Organisationsbeitrag erspart.

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 34 dieses Jahres schreibt der Syndikus des Allgemeinen Industrieverbandes Hamburg, Dr. Schmalz, in seinem Artikel „Organisationsklippen“:

„Wenn j. B. ein Arbeitgeberverband für seine Mitglieder bei Abschluß eines Tarifvertrages einen um 0,10 Mk. niedrigeren Stundenlohn durchdrückt, als der einzelne nichtorganisierte Arbeitgeber zahlen muß, so ergibt sich für den einzelnen angeschlossenen Betrieb je nach der Größe folgende Ersparnis: bei 10 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 2400 Mark; bei 50 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 12 000 Mark; bei 100 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 24 000 Mark.“

Dieses Ziel können die organisierten Arbeitgeber leichter erreichen, wenn die Arbeiterchaft uneinig ist, insbesondere aber durch die kommunistischen Treibereien.

Die Drucklegung der Verbandsorgane und die Ausgaben der Unterstützungen, auch die starke Arbeitslosigkeit, die wieder zahl- und umfangreicheren Streiks haben natürlich gleichfalls wesentlich zur Vermehrung der Ausgaben beigetragen. Entsprechend den an sie gestellten höheren Ansprüchen mußten auch die Verbände dazu übergehen, die Beiträge beträchtlich zu erhöhen.

Das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Zentralverbände im Jahre 1919 ist: eine Gesamteinnahme von 247 306 838 Mk. (59 767 587), der eine Ausgabe von 201 408 709 Mk. (41 661 709) gegenübersteht. Das Gesamtvermögen belief sich am Schlusse des Jahres auf 133 180 009 Mark (80 904 595), ohne das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 keine Angaben darüber macht. Von dem Vermögensbestande befanden sich 107 503 081 Mk. in den Hauptkassen.

Die Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: 2 867 289 Mark Eintrittsgeldern, 185 954 818 Mk. Verbandsbeiträgen, 43 098 827 Mk. örtlichen Beiträgen, 652 903 Mk. Extrabeiträgen, 4 063 461 Mk. Zinsen und 10 669 540 Mk. sonstigen Einnahmen.

Nach fünf Hauptgruppen geordnet wurden verausgabt für: Unterstützungen 44 942 793 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 45 300 049 Mk., Verbandsorgane und Bildungszwecke 15 609 812 Mk. und für Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Kartelle und Sekretariate 36 207 447 Mk. Die Haupt- und Zweigvereinsverwaltungen erforderten einen Aufwand von 59 348 608 Mk. Bei den Ausgaben für Unterstützungen steht an erster Stelle die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden dafür 27 590 196 Mk. verausgabt; 1918 dagegen 2 583 040 Mk. Die Mehraufwendung gegen das Vorjahr ist zum geringeren Teil auf die Erhöhung der Unterstützungen zurückzuführen, in der Hauptsache ist sie durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit entstanden. Nächste der Arbeitslosenunterstützung steht die in Krankheitsfällen gewährte mit 11 427 188 Mk. Für Beihilfe in Sterbefällen wurden 2 167 049 Mk. und für solche in Notfällen 1 637 855 Mk. verausgabt.

Die Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder) haben an der gemaltigen Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften den geringsten Anteil. Sie sind deshalb noch einflussloser geworden als in der Vorkriegszeit. Es gehören dieser Gruppe 19 Organisationen an, die 1919 zusammen einen Bestand von 1728 Ortsvereinen hatten gegen 1720 im Vorjahre. Die gesamte Mitgliederzahl betrug 189 831, darunter waren 18 086 weibliche Mitglieder. Gegen 1918 erfolgte ein Zuwachs von 76 039 Mitgliedern = 66,82 v. H. Die Gesamteinnahme besifferte sich auf 5 510 989 Mk. und die Ausgabe, ohne 413 938 Mk. neu angelegter Gelder, auf 4 851 313 Mk. Der Vermögensbestand betrug 2 955 650 Mk. Unter den Einnahmen und Ausgaben befinden sich auch die der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit besonderen Beiträgen darstellen.

Die christlichen Gewerkschaften bieten in ihren Jahresstatistiken ein Bild regeren gewerkschaftlichen Lebens als die Deutschen Gewerbevereine. Obwohl sie jüngeren Datums sind, haben sie die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsrichtung erheblich

überstiegen, sie bilden die zweitwichtigste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Handarbeiter. Nach dem von den christlichen Gewerkschaften in Nr. 20 ihres Zentralorgans, Jahrgang 1920, erstatteten Jahresbericht für 1919 waren ihnen 28 Verbände angegeschlossen, die zusammen 9918 Ortsgruppen zählten, gegen 4950 im Jahre 1918. Es hat demnach eine Vermehrung der Ortsgruppen um 4968 stattgefunden.

Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schlusse des Jahres 1919: 1 000 770 und im Jahresdurchschnitt 858 283 Mitglieder, davon 160 024 weibliche. 1918 waren es, nach Abzug der Mitglieder der ausgeschiedenen Verbände, 392 914 Mitglieder, davon 62 104 weibliche. Nach der Jahresdurchschnittszahl erhöhte sich der Gesamtbestand um 465 369 Mitglieder = 118,44 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder nahm um 97 920 zu.

Die Gesamteinnahme betrug 25 614 774 Mk., davon kamen 23 738 222 Mk. aus Beiträgen. Die Ausgabe beläuft sich auf 18 607 315 Mk., und der Vermögensbestand bezifferte sich am Schlusse des Jahres auf 20 161 269 Mk.

Die außerhalb der drei Gewerkschaftsgruppen stehenden sonstigen Arbeitnehmerorganisationen wurden bisher von der amtlichen Statistik als „Unabhängige Vereine“ zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt. Die Bezeichnung dieser Gruppe ist jetzt in „Selbständige Vereine“ umgewandelt. Angaben über diese Organisationen liegen erst für 1918 vor. Ihre Zahl ist stark zusammengeschmolzen. Die amtliche Statistik führt 14 an, darunter 4, die jetzt zu den freien Gewerkschaften gehören. Angaben über die Zahl der Mitglieder machten nur 13 Verbände. Diese hatten zusammen 1359 Zweigvereine. Die Zahl der Mitglieder betrug 214 360, darunter 10 485 weibliche. Ueber die Klassenverhältnisse berichteten nur 12 Verbände mit zusammen 164 764 Mitgliedern. Es betragen die Gesamteinnahmen 1 028 709 Mk., die Ausgaben 926 122 Mk. und die Vermögensbestände am Schlusse des Jahres 1918 2 502 520 Mk.

Die Zusammenfassung der für die drei Organisationsrichtungen, freie Gewerkschaften, Deutsche Gewerbevereine und christliche Gewerkschaften, vorliegenden statistischen Nachweise ergibt, daß diese 1919 zusammen 6 527 187 Mitglieder, darunter 1 370 877 weibliche hatten. Von je 100 Mitgliedern der Gesamtzahl kommen auf die freien Gewerkschaften 83,9, auf die Deutschen Gewerbevereine 2,9 und auf die christlichen Gewerkschaften 13,2. Diese Anteilszahlen zeigen die starke Ueberlegenheit der Mitgliederstärke des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die anderen beiden Organisationsgruppen, die sich nach dem Ausbruch der Revolution in noch viel höherem Maße herausgebildet hat als sie vordem bestand. Diese Ueberlegenheit drückt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit aus.

Alle drei Organisationsrichtungen hatten 1919 eine Gesamteinnahme von 278 432 601 Mk. und eine Gesamtausgabe von 224 867 337 Mk.; der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 156 296 928 Mk. Von je 100 Mk. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahme	Ausgabe
Freie Gewerkschaften	88,82	89,57
Deutsche Gewerbevereine	1,98	2,16
Christliche Gewerkschaften	9,20	8,27

Pro Mitglied betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme, der Ausgabe und des Vermögens:

	Einnahme	Ausgabe	Vermögen
bei den Freien Gewerkschaften	45,13	36,76	31,88*
bei den Deutschen Gewerbevereinen	29,03	25,36	15,57
bei den Christlichen Gewerkschaften	29,84	21,68	23,49

Es verausgabten für:

	sämtl. Unterstützungen insgef. v. S. Mk.	Reise- u. Arbeitslosenunterstützung insgef. v. S. Mk.	Gewahrgelten- u. Sterbeunterstütz. insgef. v. S. Mk.
Freie Gewerkschaften	14133876 8,11	27665205 5,61	45808936 8,36
Deutsche Gewerbevereine	466911 2,46	395604 2,13	839302 4,68
Christl. Gewerkschaften	2649442 3,09	535651 0,83	1639658 1,97

Das Vertrauen, das sich die freien Gewerkschaften in ihren jahrzehntelangen Kämpfen gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Unternehmertums bei der Arbeiterchaft erworben haben, lenkte nach dem Ausbruch der Revolution den Schritt der Massen zu ihnen. Der ungeheure Nachzuwachs stellt die Gewerkschaften vor neue Aufgaben. Alle ehrliehen Vertreter des Gewerkschaftsgedankens, gleichgültig, welche politische Ueberzeugung sie auch haben, müssen sich einig sein in dem Gedanken: Dem werktätigen Volke keine wirtschaftlichen Kampforganisationen zu erhalten, sie zu fördern und weiter auszubauen. Die planmäßigen, von einer fränkhaften Verirrung der Ideen eingegebenen Schritte, nach dem Moskauer Diktat die Gewerkschaften von innen heraus zu zerstören, müssen mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Innerhalb der Gewerkschaften ist ein erfreulicher Gesundungsprozess zu verzeichnen, sie dürfen nicht weiter den Tummelplatz politischer Leidenschaften bilden. An Stelle über Schlagworte muß Gedankenarbeit treten und unfruchtbare, zersetzende Kritik abgelöst werden

* Berechnet unter Ausschluss der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, der keine Angabe über das Vermögen machte. † Die Ausgaben der Begräbniskassen, Krankenunterstützung und Sterbegeld sind hier ausgeschlossen.

durch praktische, fruchtbare Betätigung. Die innerhalb der Gewerkschaften noch vorhandenen Gegensätze, wie u. a. die Stellung zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und andere Streitpunkte, sind sachlich auszutragen und werden dann sicherlich auch zum Nutzen der Arbeiterschaft gelöst werden. Das ernste und gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit drängt zur positiven Arbeit. Es gilt, die Gewerkschaften zu Trägern einer neuen, besseren Wirtschaftsordnung auszugestalten. Die Entwicklung weist uns den Weg zum Sozialismus; beschreiten wir ihn, fest und sicher, das Ziel nicht aus dem Auge verlierend.

Von der russischen Zellentheorie.

Die Zelle ist die einfachste Form, in der Lebewesen auftreten. Die Formen der Zellen selbst sind jedoch ungemein vielgestaltig, und wiederum je nachdem es sich um tierische oder pflanzliche Zellen handelt. Neuerdings ist eine neue Zelle entdeckt worden, die ihren Ursprung in Rußland hat. Vermutlich gehört sie zur Gattung der „Geißelinfusorienzellen“, die heftige Bewegungen, ähnlich einer geißelartigen Geißel, ausführen. Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Geißelzellen bei uns in Deutschland lebensfähig sein werden. Am besten gedeihen sie in schwachentwässerten, ungeklärten Gewässern. Daraus erklärt sich auch das umfangreiche Vorkommen in Rußland. Scharfe Denkfähigkeit ist für diese Zellen das schärfste Gift. Unter ihren Einwirkungen gehen sie unweigerlich zugrunde. Die mit solchen Zellen infizierten Leute nennen sich Kommunisten. Diese sind durch Auftrag aus Rußland resp. Moskau verpflichtet, alle gefundenen Organisationskörper in Deutschland mit kommunistischen Zellen zu durchziehen. Als hauptsächlichstes Angriffsobjekt sollen die Gewerkschaften dienen. Der russische Kommunismus will sich die Arbeiterbewegung der ganzen Welt untertan machen, um mit deren Hilfe sich in Rußland selbst am Leben zu erhalten. Mit einer Brutalität ohnegleichen verfolgt er sein Ziel. Der zweite Kongreß der Dritten Internationale hat sich mit den Methoden beschäftigt, die anzuwenden sind, um die Gewerkschaften im kommunistischen Sinne umzubilden. In den 9 zu diesem Zweck herausgegebenen Leitlinien heißt es im Punkt 9:

„Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehört, wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten (gemeint ist damit die S. P. D. Die Redaktion) und die Funktionäre des „Zentrums“ (gemeint ist der rechte Flügel der K. P. D. Die Redaktion) zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

Eine solcherart in den Gewerkschaften betriebene Agitation der Kommunisten wäre nichts anderes als innerer Kampf und Zerschlagung der Gewerkschaften. Um zum Ziele zu gelangen, scheuen die russischen Meister auch vor Unwahrscheinlichkeiten und Gemeinheiten nicht zurück, getreu der Anweisung Lenins, der sagte:

„Man muß zu jeglichen Opfern bereit sein, sogar — falls es nötig ist — verbotene Mittel, Gift, illegale (ungelegale) Methoden, Verbrechen, Verbrechen der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, dort zu bleiben, innerhalb derselben mit jedem Preis kommunistische Tätigkeit zu entfalten.“

Das ist auch eine Moral, die anzuwenden ein arbeitsloser Mensch sich weigern wird. Es mag aber um eine Sache auch nicht gut bestellt sein, die mit Verbrechen und Verschweigen der Wahrheit, d. h. mit Lüge und Schwindel, zum Siege geführt werden soll. Wer ist bereit, mit solchen schmutzigen Waffen zu kämpfen? Da gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die organisierte deutsche Arbeiterschaft — von geringen Ausnahmen abgesehen — sich solche Verfahren nicht gefallen ließe.

Die Anhänger der Moskauer Richtung haben aber auch Anweisung, die Organisationen zu zerschmettern, wenn die „kommunistischen Zellen“ innerhalb der Gewerkschaften ihr Ziel nicht erreichen können. So heißt es im Absatz 5 der schon genannten Leitlinie:

„Jeden je Ziel und Zweck der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf die revolutionären Ziele in der Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Kampf um die Verwirklichung des revolutionären Kampfes zu machen: mit dem Verzicht auf die Organisation der am weitaus ausgebreitetsten Teile des Proletariats.“

Man kann sich denken, daß unsere Unternehmern das Wirken der „kommunistischen Zellen“ freudig begrüßen werden. Die Zerschlagung der Gewerkschaften heißt, sie kampfunfähig machen und den Weg zum Siege bahnen. Und wenn den Kommunisten der Weg gelingen würde, würde die Arbeiterschaft auf Jahrzehnte zurückgeworfen, nicht nur in Deutschland, sondern in allen übrigen Ländern, in denen gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind. Man kann sich denken, weshalb die russischen und ukrainischen Kommunisten die gewerkschaftliche Internationale zerbrechen, und sie glauben das am besten erreichen zu können durch Verschlingung und Zerschlagung. Die Zelle 10 der Leitlinie enthält folgenden prägnanten Ausspruch gegen den internationalen Gewerkschaftsbund:

„Jede kommunistische Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen konstanten Kampf gegen die Amsterdamer Internationale zu führen. Die Gewerkschaften der ganzen Welt müssen sich von der Amsterdamer Internationale trennen, um die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter zu retten.“

Wer sind denn diese Leute, die eine solche Sprache führen? Wie lange können sie eine Arbeiterbewegung und welche Verbände um die Arbeiterschaft herum treiben? Nicht die russische Arbeiterschaft spricht in solchen Worten zu uns, sondern eine kleine Zahl demagogischer Intellektueller, die das zum Teil unverständliche Proletariat für ihre ehrgeizigen Pläne missbrauchen. Diese Leute unterwerfen sich, die wirklichen Arbeitervertreter, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind, seit einem Jahrzehnte und länger für die Arbeiterschaft kämpfen, als Geisse zu beschimpfen. Haben diese sogenannten russischen Arbeitervertreter hierzu eine Be-

rechtfertigung? Die Dauer ihrer gewerkschaftlich organisatorischen Betätigung legitimiert diese russischen Abvokaten dazu jedenfalls nicht.

Am 2. Oktober 1920 fand in Berlin eine Sitzung des Bundesvorstandes mit einer russischen Gewerkschaftsdelegation unter Losowski Führung statt. Auf die Frage des Genossen Segin, wie lange die russischen Vertreter in der russischen Gewerkschaftsbewegung tätig seien, erklärte Losowski, seit der Revolution im Jahre 1917. Diese Leute maßten sich die Führung in der internationalen Arbeiterbewegung an. Das ist doch mindestens eine gute Portion Größenwahn. Vor dem Kriege waren die Gewerkschaften aller Länder noch verhältnismäßig schwach entwickelt. Heute scharen sich 27 Millionen Mitglieder um die Amsterdamer Internationale. Die Gewerkschaften kommen mehr und mehr in die Lage, in allen die Arbeiterklasse berührenden Dingen ein gewichtiges Wort mitzureden auf Grund ihrer ungeheuren Macht, die sie heute schon darstellen. Und gerade jetzt fällt es einer Gruppe anarchojüdischer Utopisten ein, dieses mächtige Werkzeug der Arbeiterklasse zerbrechen zu wollen.

Die deutschen Gewerkschaften waren bisher viel zu gutmütig, indem sie den russischen Beratern immer wieder bereitwillig entgegenkamen und ihnen die Möglichkeit gaben, innerhalb unserer Organisationen zu wüten. Das muß anders werden. Was diese Leute wollen, wissen wir. Sie haben mit uns nichts gemein. Sie sind keine Gewerkschaftsvertreter, weil es Gewerkschaften, wie die deutschen es sind, in Rußland gar nicht gibt. Was man als russische Gewerkschaften ausgibt, ist nichts anderes als ein kommunistisches, also ein politisches Werkzeug. Diese sogenannten Gewerkschaften haben heute in Rußland nicht das Streikrecht. Die Regulierung der Löhne erfolgt auf dem Wege der Gesetzgebung, auf die aber wirkliche Arbeiter kaum Einfluß haben. Gegen Streiks wird der Entzug der Lebensmittellieferung und Gefängnisstrafe resp. Zwangsarbeit angewendet. Wünschen unsere Kollegen solche russische, zaristische Zustände? Die Antwort kann nur nein lauten. Das kommunistische System Rußlands kennt nur Terror und Gewalt. Diese würde sich die deutsche Arbeiterschaft gar nicht gefallen lassen und wir hoffen auch, die russischen Proletarier werden dieses System nicht allzulange ertragen.

Die deutschen Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten sehen auch bereits ein, daß sie durch ihre gewerkschaftliche Politik die Gewerkschaften nicht erobern können. Deshalb schlagen sie einen anderen Weg ein. Nachdem die Arbeiterschaft vielerorts durch planlose, von den Kommunisten eingeleitete Aktionen schwere Niederlagen erlitten hat, ist sie für solchen Unfug nicht mehr zu haben. Nun versuchen die Kommunisten durch Vorschlebung radikaler Elemente in größeren Betrieben Einfluß zu gewinnen in solchen Abteilungen, von denen der Gesamtbetrieb wesentlich abhängt. Dort inženieren sie, ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge, Streiks, und der Gesamtbetrieb muß stillgelegt werden. Da ein solches Vorgehen gegen alle Vernunft und gegen jede gewerkschaftliche Erfahrung spricht, kann in solchen Fällen Streikunterstützung nicht gezahlt werden, denn die Gewerkschaften wären ja dann gar nicht mehr vertragsfähig. Die Folge dieser kommunistischen Taktik sind besonders jetzt ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, denn sie hat mit Familie Hunger und Elend zu tragen nach Niederlagen, wie wir sie mehrmals beobachten mußten. So kann es nicht gehen, daß die Kommunisten diktiert und die Gewerkschaften bezahlen, bis sie sich finanziell verblutet haben, und dann wäre die Arbeiterschaft überhaupt wehrlos. Für unsere Lohnbewegungen kann und darf nur das Verbandsstatut maßgebend sein. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, schafft euch diese kommunistischen verantwortungslosen Durcheinander von Hölle, um vor bitteren Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

Der Spaltpilz am Rhein

Es scheint jetzt auch linksrheinisch durch den Sonnenschein von Moskau zu versuchen, sich anzudehnen. In die Gewerkschaften syndikalistische Keimzellen hineinzulegen, scheint manchem Reuzer auch Gewerkschaftler doch zu lang zu werden. Man ist schon so weit vorgeschritten, durch Sammeln von Unterschriften den Gewerkschaften Ultimatum zu stellen. Hier heißt die Parole: Heraus aus den verrotten Gewerkschaften! Die allein Rettende ist die Union! Daß dabei mit den niedrigen Beiträgen hauffert und auf die Gewerkschaftsbögen nach Herzenslust losgewettert wird, könnte einem, wenn die Sache nicht so ernst wäre, ein Lächeln hervorbringen. Bei dem Arbeiter, der bis dahin seine Beiträge mit Murren bezahlte und gewerkschaftliche Sitzung nicht besitz, weil er sie nicht für notwendig hielt, finden diese Agitatoren zu oft ein willfähriges Ohr. Zur Bildung gehört hier an erster Stelle die Kinnes, der Karneval und sonstiger Klöppel.

Können wir einmal Union und Gewerkschaften etwas unter die Lupe nehmen. Wer ist der Gründer oder Hauptbörse der Union? Bekanntlich ist man jetzt trotz des früheren Lamentos auch zur Anstellung von Bönzen übergegangen. Der kommandierende General, Herr Oberbismarck Schulz, scheint uns doch wirklich nicht der Idealist zu sein, der die Arbeiterschaft vom kapitalistischen Joch befreien kann und den Sozialismus verwirklichen hilft. Die Union ist ein syndikalistisches Gebilde und der Zentrale angegliedert. Wie erklärte doch der Vertreter Duffel dort auf dem syndikalistischen Kongreß in Berlin? „Syndikalisten müssen wir sein, aber der Name muß geändert werden, weil er nicht abstrakt.“

Geradezu verhängnisvoll ist das Wirken der Arbeitervertreter bei Lohnbewegungen. Von einer Schulung der Mitglieder ist nichts zu merken. Mit alten und allernuesten Phrasen wird den Leuten der Kopf heiß geredet; die Leidenschaften werden angeheizt. Ein Gutta und Konsumus geht in den Kampf. Tarifgenossenschaft mit dem Unternehmer und den freien Gewerkschaften wird abgelehnt. Der syndikalistische Theoretiker Karl Kasse erklärt im syndikalistischen Programm folgendes: „Wenn wir syndikalisten Tarifverträge ablehnen, so verzichten wir darum nicht auf Lohnarbeit. Die stellen sie allein, ohne Hinzuziehung der Unternehmervertreter auf. Die Unternehmer mögen unsere Tarife ablehnen oder annehmen. Im ersteren Falle kämpfen wir um die Anerkennung, im zweiten Falle dienen sie uns als Sprungbrett zu neuen, höheren Ansprüchen. Uns sind die Lohnsätze die Schwärze ohne Ende, die schließlich die Lohnarbeit befristigen. Können wir die Anerkennung unserer Tarife nicht er-

zwingen, so gehen wir in die Betriebe und machen dort dem Unternehmerprofit Abbruch.“

Besonders klar scheinen uns diese Richtlinien nicht; sie muten uns an wie das Hereneinmaleins. Trotz des Abscheues gegen Tarife und Gewerkschaften kann man beobachten, daß die Vorteile, die von den freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife bieten, von den revolutionären Syndikalisten für sich in Anspruch genommen werden.

Wie wird nun die Theorie in der Praxis verwirklicht? Dafür nur einige Beispiele: Der Unionist Schmücker, Mitglied des Betriebsausschusses der Seche „Präsident“ in Bochum, erhielt im Monat Juni für 46 Seche, die er hauptsächlich bei der Verteilung von Lebensmitteln zubrachte, den Lohn von 2904,95 Mk. Dies ist doppelt soviel als seine im Bergbau schuftenden Kollegen; und doppelt soviel als die verhassten Gewerkschaftsbögen erhielten.

Während des Streiks im Bergbau arbeitete eine ganze Anzahl dieser syndikalistischen Hauptstreiker an den Bahnanlagen in Sterkrade und Osterfeld, und abends traten sie in den Versammlungen der Bergleute auf und verlangten, daß bis zum äußersten gestreikt werde.

Am Hasenbau bei der Firma Berger in Mülheim an der Ruhr arbeiteten diese Maulselben täglich 16 Stunden. Vom Angestellten des Bauarbeiterverbandes zur Rede gestellt, wurde dieser mit Schippe und Hacke bedroht. So ließen sich der Heldentaten noch viele aufzählen.

Wer sind diese aufgeklärten Kollegen? Jene, die vor dem Kriege die Vertrauensleute der Gewerkschaften durch ihre Denunziationen aufs Pflaster gebracht haben, die den Kollegen in jeder Beziehung in den Rücken gefallen sind; diejenigen, die ihre Beiträge lieber in Fusel umsetzen und in der Schnapsnarbe über Gewerkschaften und Bönzen wettern und sich selbst als die wahre Leuchte bezeichnen. Wie erklärte doch Graf Westarp: „Durch die Zersplitterung der Arbeiter werden wir stark!“

Anstatt dem Kapital eine Kampfansage zu machen, werden durch diese Machinationen die Kräfte zerstückert. Die Unternehmer unterstützen diese Sorte Gewerkschaften, indem sie weidlich mit auf die Gewerkschaften schimpfen.

Wie sehen dagegen die Gewerkschaften aus? Geschaffen von alten erprobten Kämpfern, die jahrzehntelang für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft, die verfolgt und beschimpft wurden und ihre Tätigkeit oft hinter Gittermauern begrübelt konnten. Die unter dem Sozialistengeßel gekämpft aber nicht aufgehört haben, ihre Ideale weiterzuberbreiten.

Als freie Gewerkschaften stehen wir auf dem Standpunkt, daß das Proletariat die Klinke der Gesetzgebung in die Hand nehmen und den Sozialismus erringen muß. Wir dürfen den nationalistischen, clerikalen und anderen Kapitalvertretern das parlamentarische Feld nicht kampflös überlassen. Wir wissen auch, daß wir die politische Parteiververtretung nicht ersetzen, aber auf sozialpolitischem und anderen Gebieten ergänzen können.

Was hier geschaffen wurde, alles aufzuzählen, ist ein Unding; aber jeder Kollege hat an seinem eigenen Körper schon erfahren, was von den Bönzen geschaffen.

Im Gegensatz zur Union bereiten die freien Gewerkschaften ihre Aktionen in zäher, energischer und zielbewusster Arbeit vor. Sie prüfen den Weg und die Umstände, die Kampfmittel und den Kampfpreis. Sie machen keine syndikalistische Illusions- und Gefühlspolitik, die durchweg in die Brüche geht und die „Aufgeklärten“ dann in gelben Vereinen wieder sammelt als Spitzel der Unternehmer. Düsseldorf und Dortmund haben dies zur Genüge bewiesen.

Schreiber dieser Zeilen, der nicht der rechten Fakultät angehört, steht auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften reformiert werden müssen und können. Dies ist aber nicht zu erreichen durch Zersplitterung, sondern durch festes Zusammenfügen. Erst wenn wir die Masse erfasst und zentralisiert haben, wenn der Wille der Einzelnen in dem Gesamtwillen aufgeht, werden wir die Ideale erreichen, die wir uns gesteckt haben.

Kollegen, die ihr irgeleitet in das Fahrwasser der Syndikalisten hineingetrieben und doch den Nutzen der durch die seitens der freien Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife genießt, kehrt zurück zu unserer einzig wirklichen proletarischen Einheitsorganisation. Nehmt Abstand von Tollköpfigkeiten und Quertreibereien, lernt die begründeten soliden Erfahrungen der freien Gewerkschaften kennen und befolgen. Nicht von außerhalb schimpfen, sondern mit Helfen, das ist das Gebot der Stunde. Unter dem Deckmantel der revolutionären Union vertrieben sich die Halben und Lauen, die schlauen Drückeberger, die gern ernten, aber nicht säen können. W. Müller.

Betriebsrätewesen.

Die Entscheidungen der zentralen Schlichtungsausschüsse

sind endgültig und bindend und begründen einen einlagbaren Rechtsanspruch.

Es entschied der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung in Hesse.

Es handelt sich um eine Streitigkeit der Rindwarenarbeiter in Pfungstadt. Der bezirkliche Schlichtungsausschuß hatte entschieden, daß die Arbeitgeber der Rindholzindustrie den Tariflohn der chemischen Industrie zu zahlen haben. Als trotz der Entscheidung des Bezirkschlichtungsausschusses die Arbeitgeber den Tariflohn nicht zahlten, wurde der zentrale Schlichtungsausschuß angerufen, der dieselbe Entscheidung traf, wie der Bezirkschlichtungsausschuß. Trotzdem zahlten die Arbeitgeber den Tariflohn nicht. Um ganz sicher zu gehen, wurde der Demobilisierungskommissar angerufen, um den Schlichtungsanspruch für verbindlich zu erklären. Am 1. November 1920 erteilte dann der Demobilisierungskommissar folgende Antwort:

„Auf Ihren Antrag vom 23. Oktober obigen Betreffs erwidere ich, daß die Entscheidung des Zentralchlichtungsausschusses Berlin, der bereits schon als höchste Instanz tätig war, nach § 14 des Tarifvertrages für die chemische Industrie für den Bezirk Hesse-Nassau und Freistaat Hessen ab 1. Februar 1920 endgültig entschieden hat, so daß sich eine Verbindlichkeitsklärung meinesseits erübrigt. Der vom Zentralchlichtungsausschuß in Berlin am 15. Oktober 1920 gefällte Schlichtungsanspruch begründet damit einen einlagbaren Rechtsanspruch. J. B. gez. Dr. Bernheim.“

Die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse

gehören heute mit zum wichtigsten Material der Disziplinarverfahren und der Betriebsräte. Deshalb ist es gut, wenn die Genannten sich die im "Proletariat" von Zeit zu Zeit erscheinenden Entscheidungen sammeln und gut aufbewahren, insbesondere soweit es sich um Urteile von prinzipieller Bedeutung handelt.

Erneut ersuchen wir alles für Betriebsräte und Schlichtungswesen wichtige Material, wie wichtige Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse, Arbeitsordnungen usw., dem Sekretariat zu überweisen, damit dieses Material im Interesse unserer Gesamtmitgliedschaft wieder verwendet werden kann.

Ungerechtfertigte Entlassung eines Betriebsobmannes.

In einer Biegelei ist der Betriebsobmann entlassen worden, weil die Saisonarbeit zu Ende war. Deshalb sei der Betrieb eigentlich stillgelegt und die Entlassung auf Grund des § 96, Abs. 2, Satz 2, gerechtfertigt gewesen. Der Schlichtungsausschuss urteilt, dass die Entlassung ungerechtfertigt sei und der § 96, Abs. 2, Satz 2, so lange keine Anwendung finden könne, als überhaupt noch Arbeiter beschäftigt sind.

Entscheidung des Schlichtungsausschusses vom 14. Oktober 1920 in Sachen Fabrikarbeiterverband gegen Bauhoffgesellschaft m. b. H. Nach streitiger Verhandlung wurde folgender Spruch verkündet: Auf Grund des § 98 in Verbindung mit § 96, 2 (W.-M.-G.) wird erkannt, dass die fristlose Kündigung ungerechtfertigt ist.

- 1. Gilt die Ausnahme von der Zustimmungspflicht zur Entlassung bei Störungen allgemein oder nur für vollständige?
2. Liegt hier eine vollständige Störung vor, die also Entlassung ohne Anhören der Arbeiter rechtfertigt?

Die Frage zu 1 wird vom Schlichtungsausschuss im Gegensatz zur Auffassung des Klägers und einer von ihm vorgelegten Entscheidung des Schlichtungsausschusses in Leipzig verneint. Maßgebend ist hier der veränderte Wortlaut des § 85, 2, der ausdrücklich auch teilweise Störungen hervorhebt und der § 96, 2, der nur von Störungen überhaupt spricht.

Es könnte aber zweifelhaft sein, ob nicht bei einem Betrieb, der seiner Natur nach nur eine allmähliche Einstellung ermöglicht, nicht schon die völlige Stilllegung dann vorliegt, wenn die Hauptabteilung stillgelegt und damit die Abfertigung vollständiger Stilllegung doch schon erwiesen ist.

Der Verfassungsausschuss im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Bekanntlich ist der Vorläufige Reichswirtschaftsrat nur ein Provisorium. Dieses Provisorium war notwendig, um zunächst einmal in Ausführung des Artikels 165 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 eine Vertretung aller wichtigen Gruppen unserer Wirtschaft zu begünstigen und Wirtschaftsprüfung aller Art zu schaffen.

Damit aber wäre die Möglichkeit, allen Wirtschaftsgruppen Gelegenheit zur Stellungnahme in einer gemeinsamen Körperschaft zu geben, hinausgezögert worden, und das war sehr unzulässig angesichts der Tatsache, dass gerade jetzt eine ordnungsgemäße, jahresfristige Begünstigung von Wirtschaftsprüfung dringender notwendig ist.

In der Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Artikel 11, ist folgende Bestimmung enthalten:

Er (der Vorläufige Reichswirtschaftsrat) wirkt beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mit.

In Ausführung dieser Bestimmung hat der Vorläufige Reichswirtschaftsrat einen Verfassungsausschuss gebildet, der sich nunmehr konstituiert hat und zu seinem Vorsitzenden den Genossen Adolf Cohnen wählte.

Die Fragen, die der Verfassungsausschuss zu behandeln hat, sind von sehr weitgehender Bedeutung. Es ist der Aufbau der Konstruktion vom Urwähler bis zum Reichswirtschaftsrat zu vollziehen.

- 1. Die Kammer, oder wie sonst immer der Name für diese Körperschaften gewählt wird, die sich etwa über den Bereich eines preussischen Regierungsbezirks erstrecken;
2. die Körperschaften, die wahrscheinlich den Namen Bezirkswirtschaftsrat erhalten und sich etwa über den Bereich einer preussischen Provinz erstrecken werden, und
3. als Dach des Ganzen der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Soweit dieser Aufbau in Frage kommt, scheint es keine großen Meinungsverschiedenheiten zu geben. Somit aber die Frage gestellt wird: Wie sollen sich die einzelnen Körperschaften zusammensetzen? Dann gehen die Meinungen derartig weit auseinander, dass es ganz gewaltiger Arbeit bedarf, um hier ein einigermaßen allen Bedürfnissen entsprechendes Gebilde zu konstruieren.

zusammengesetzte Bezirkswirtschaftsräte gebildet werden oder sollen Bezirksunternehmerräte und Bezirksarbeiterräte gebildet werden, die zu gemeinsamer Beratung zusammenzutreten? Und schließlich die Frage der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrats.

Sobald diese Fragen eine Klärung erfahren haben, taucht die Frage auf: Wie soll zu den einzelnen Körperschaften gewählt werden und wer soll wählen? Soll zu einigen oder zu allen Körperschaften durch Wahl gewählt werden oder sollen Korporationen das Wahlrecht haben, oder soll teils Urwahl teils das Delegationsrecht von Korporationen angewandt werden?

Hand in Hand mit der Erledigung all dieser Fragen kommt dann die Festlegung und Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche der einzelnen Körperschaften. Es wird die letzte Frage wohl zu gleicher Zeit mit den anderen Fragen behandelt werden müssen, denn je nach den Rechten der einzelnen Körperschaften muss sich die Zusammenfassung richten.

Wir wollen heute ganz davon absehen, bestimmte konkrete Vorschläge zu unterbreiten und wären es auch nur Vorschläge, um für die notwendige Diskussion in Arbeiter- und Angestelltenkreisen eine Grundlage zu haben. Es kommt uns heute nur darauf an,

alle diese Fragen zur Diskussion zu stellen und die Genossen zu ermahnen, Stellung zu nehmen.

Das erscheint uns wichtig, damit unsere Vertreter im Verfassungsausschuss sich auf die Meinung in Arbeiter- und Angestelltenkreisen bei ihrer Entscheidung stützen können. Auf das nachdrücklichste möchten wir die

Wichtigkeit all dieser Fragen noch unterstreichen, denn davon, wie sich der Aufbau der Konstruktion vollzieht, hängt sehr Wesentliches bezüglich der Gestaltung unseres künftigen Wirtschaftslebens ab. Es hängt auch davon ab das Maß von Entscheidungen, das die Arbeiter- und Angestelltenvertreter in allen wichtigen Wirtschaftsprüfung ausüben.

Vorschläge und Anregungen aller Art, die sich auf die obigen Fragen beziehen, bitten wir uns zuzuwenden zu wollen zwecks Uebermittlung an unsere Genossen im Verfassungsausschuss. Dort sollen sie, soweit brauchbar und anwendbar, als Material dienen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Grenzsteine der Gewerkschaften.

In der Nachschrift der Redaktion zu meiner kurzen Abhandlung über den § 2, Abs. 1, Satz a und b unseres Statuts behandelt sie Andeutungen, die ich mit keinem Worte erwähnt, ja, ich kann wohl sagen, an die ich nicht einmal gedacht habe. Ganz im Gegenteil meine ich, jedes denkende Mitglied, jeder Funktionär muss sich über das B a n e n und W o l l e n des Verbandes resp. der Gewerkschaftsbewegung klar sein, wenn nicht ganz gewaltige Fehlschlüsse eintreten sollen.

Ob nun der letzte Verbandstag revolutionärer war als seine Vorgänger, darüber will ich nicht debattieren, weil dies Wort für mich kein Fetisch ist, zumal sich hinter diesem Worte alle möglichen Elemente an die Deffinitivität wagen. Seit jetzt, dass wir eine von den meisten Gewerkschaften sind, welche die bisherigen Grenzsteine weit hinausgeschoben haben und das es nun die Aufgabe aller ist, in diesem Sinne zu handeln.

Über was ist in diesem Geiste von der Zentrale gesprochen, als man die "Mittelmänner über Einstellung von Arbeitern für die chemische Industrie" bereinigte? Ich muss leider sagen, man hat da wohl doch nicht mit genügender Inviduität an der Machterweiterung der Arbeiterkraft gearbeitet. Sollte ich im Irrtum sein, wozu ich einer Belehrung zugänglich. Alles in allem ja: Das klare Erkennen unseres Zieles und die Erkenntnis unserer Macht müssen Allgegenwart aller Mitglieder sein, denn erst dann werden die Waffen der denkenden Arbeiter auch den richtigen Weg finden!

Um nicht eine zweifelhafte Debatte heranzujubeln, sei nur bemerkt: Dem Kollegen Lamprecht ist in der Nachschrift der Redaktion zu dem Artikel in Nr. 45 des "Proletariats" mit keinem Wort zu nahe getreten. Die Redaktion ist nicht in der Lage, ihre Ausführungen einzuschränken. Was zu sagen war, ist in rein sachlicher Form gesprochen.

Frauenfragen. Frauenwahlrecht und Arbeitsgericht.

Vom Reichsarbeitministerium wird mitgeteilt: "Preisaussagen, die in letzter Zeit aus Anlass der Beratung des Entwurfs einer Novellverordnung zur Wänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes, betr. Kaufmannsgerichte, erfolgt sind, könnten den Anschein erwecken, als ob die Reichsregierung die Absicht habe, die Frauen von der Wählbarkeit zu befreien bei Kaufmanns- und Gewerbegerichten allgemein auszuschließen. Das ist, wie dies bei der Beratung jenseits der Regierungvertreter mehrfach betont wurde, nicht der Fall. Vielmehr soll diese grundsätzliche Frage in dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes, der sich in Bearbeitung befindet und voraussichtlich bald den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird, ihre Erledigung finden. In der Novellverordnung, die durch den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft veranlasst wurde, konnte die Frage der Wählbarkeit der Frauen aus rechtlichen Gründen nicht geregelt werden."

Das heißt also, die Frauen sollen ihr selbstständiges Recht erhalten.

Die Not der erwerbstätigen Frauen.

In einer Arbeit in den Mättern für Säuglings- und Kleinkinderzürge (11. Jahrgang, 5. Heft) beweist E. Seiffert an Zahlen, dass die Menge der erwerbstätigen Frauen in dauerndem Steigen begriffen war und wahrscheinlich noch heute ist, so dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen heute jedenfalls bedeutend größer ist als vor Jahren. Da ist all das um so bedauerlicher, was Seiffert in seiner Arbeit feststellt. Die Frauen sind nämlich gerade in der Entbindungzeit und im ersten Teil ihrer Fortpflanzungsperiode erwerbstätig. So ist die Entkennung- und Erklärungslosigkeit bei den arbeitenden Frauen wesentlich höher als bei den Männern. Weiter wirkt die Erwerbstätigkeit ungünstig auf den Verkauf der Schwangerschaft ein, bei einzelnen Industriebetrieben besonders ungünstig. Ferner ist die Säuglingssterblichkeit bei Fabrikarbeit erhöht. Die Säuglingssterblichkeit ist bei Erwerbstätigkeit durchschschnittlich geringer. Das kind arbeitender Frauen ist oft schlecht gepflegt und ungesund, und die Erziehung leidet unter der Arbeit der Mutter. Darum verlangt Seiffert einen besseren Schutz der arbeitenden Frauen. Wir möchten dem hinzufügen, dass sich das Proletariat diesen Schutz nur selber erringen kann.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zum Arbeitsnachweisgesetz und Trüffelgeld.

In Erfurt tagte vom 19. bis 22. Oktober d. J. der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Diese neu gegründete Gewerkschaft, die ungefähr 10000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirtschaftlichen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der erste Verbandstag dieser maßgebenden Hilfsorganisation im Gastwirtsberuf nahm unter anderem zu dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, dass der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen weit zurückbleibt, die die Gastwirtsangestellten, die unter der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung stark zu leiden hatten, an dieses Gesetz geknüpft haben. Insbesondere wird das Fehlen des Mitbestimmungsrechts der Frau- und Verwaltungsausschüsse bemängelt. Die Unzulänglichkeit der Interessenten auf die Wahl der Vorsitzenden und

Stellvertreter und das Vetorecht der letzteren erweckt kein Vertrauen. Gefordert wird der obligatorische Benutzungszwang der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, dass die bedingte Meldepflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Scharfster Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung bis 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt. Die Verbote der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung durch die Dienstvermittlungsbüros sollen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bestehen bleiben. Ferner wird gegen die Straffreiheit für gelegentliche Vermittlung Einspruch erhoben. Der Kongress erwartet vom Reichswirtschaftsrat und vom Reichstag Beschlüsse, die den zu stellenden Anforderungen genügen.

Der Verbandstag nahm ferner zum Trüffelgeldhohem Stellung und beurteilt auf das entschiedenste das Bestreben der gastwirtschaftlichen Unternehmer, das Trüffelgeldhohem nicht nur weiter aufrecht zu erhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Kollegenschaft, dass sie diesen Bestrebungen den größtmöglichen Widerstand entgegensetzt. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird beauftragt, mit allen geeigneten Mitteln, eventuell mit Hilfe des Publikums, für die reiflose Beseitigung des Trüffelgeldsystems zu wirken. Des Weiteren fordert der Verbandstag, dass staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trüffelgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schiedssprüchen zahlreicher staatlicher Schlichtungsausschüsse und des Reichswirtschaftsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trüffelgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dendorf. Am 8. Oktober fand im Lokale "Zur Traube" unsere ausbelegte Generalversammlung statt. Kollege Dammersdorf gab einen ausführlichen Kassenbericht vom 3. Quartal. Es wurden verkauft 8126 Marken. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 6996,05 Mk., die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung 201,60 Mk., an Krankenunterstützung 394,80 Mk., an die Hauptkasse wurden 5610,03 Mk. gezahlt. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse (Kassierten mit 21 067,30 Mark; der jegige Lokalkassenbestand ist 1. 1. 20 Mk. Erfreulicherweise konnten wir 37 Reparaturen verzeichnen. Am Schlusse des 3. Quartals hatten wir eine Mitgliederzahl von 592 zu verzeichnen 537 männliche und 55 weibliche. Kollege Müller erörterte hierauf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und wies darauf hin, welche Vorteile den Mitgliedern daraus zugute kommen. Gauleiter Birth aus Köln ergriff das Wort und machte den Kollegen klar, dass es unbedingt notwendig wäre, den Beitrag zu erhöhen, und zwar nach dem Beschluß des Verbandstages. Nach längerer Debatte wurde der Beitragserhöhung zugestimmt. Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 2,50 Mk. zuzüglich 75 Pf. Lokalzuschlag 3,25 Mk., für weibliche und jugendliche Mitglieder 1,50 Mk., zuzüglich 50 Pf. Lokalzuschlag 2 Mk. Unter "Verpflichtenem" wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Kartellbibliothek sich vom 10. Oktober an im Lokale "Zur Traube" befindet. Die Ausgabe der Bücher findet statt Dienstags und Freitags, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, und werden die Mitglieder gebeten, hierüber regen Gebrauch zu machen. Gauleiter Birth sprach noch über die Verschmelzung der umliegenden Zahlstellen und machte auf die daraus entstehenden Vorteile aufmerksam. Es wurde beschlossen, in einer der nächsten Versammlungen der Verschmelzungsfrage näherzutreten.

Breslau. Am 1. November fand im Gewerkschaftshause unsere 3. Quartalsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht vom Betriebsratelokal. 3. Verbandsangelegenheiten. Im Geschäftsbericht schilderte Kollege Harb die Schwierigkeiten bei Tarifabschlüssen, die auf die fast allgemeine jäherliche Lage der Industrie zurückzuführen sind, und weist auf die langwierigen Verhandlungen in der chemischen Industrie, Bezirk Schleien, hin. Wenn ein einigermaßen annehmbares Angebot erzielt wird, finden die Verhandlungen, an denen Kollege Haupt (Gannover) teilnimmt, am 4. 11. ihr Ende. Der Kassenbericht wird vom Kollegen Leuber gegeben. Die Einnahme der Hauptkasse beträgt 89 947,95 Mk. Der Hauptkasse wurden 65 959,69 Mk. überwiesen. Die Lokalkasse bilanziert mit 92 238,20 Mk. Kassenbestand 22 529,43. Mitglieder sind am Schlusse des Quartals vorhanden: 6885 männliche, 2689 weibliche, in Summa 9574 Mitglieder. Der Bericht vom Betriebsratelokal gab der Koll. Sodoll. Er erklärte am Schlusse, dass auf der Tagung noch viel wichtiges Material bearbeitet werden konnte, wenn nicht die Zeit mit Unmühen belastet worden wäre. Unter Verbandsangelegenheiten wird vom Kollegen Harb die Frage des Erweiterungsbaues des Gewerkschaftshauses behandelt. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage, pro Mitglied 20 Mk. als Beitrag zum Baufonds beizusteuern, einstimmig einverstanden. Auch die Notwendigkeit der Erhöhung der Kartellbeiträge auf 1 Mk. bzw. 0,70 Mk. wurde anerkannt. Zur Bezirksverteilung unserer Zahlstelle wurde erklärt, dass sich damit die nächste Ortsverwaltung endgültig beschäftigen wird. Ferner wurde noch bekanntgegeben, dass Kollege Leuber in der Agitation tätig ist und Kollege Jasinik die Kassengeschäfte übernommen hat. Zum Schlusse wird die Versammlung noch aufgefordert, für regen Umsatz der Arbeitslosen-Marken zu wirken. Aus dieser Einnahme soll unseren arbeitslosen Kollegen von Zeit zu Zeit eine Extraunterstützung gewährt werden.

Dissen. Am 30. Oktober hielt unsere Zahlstelle eine Mitglieder-Quartalsversammlung ab, die nur leidlich besetzt war. Nach dem Geschäftsbericht balanciert die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse mit 5340,95 Mk., die der Lokalkasse mit 2338,25 Mk. Die Mitgliederzahl hat sich von 503 auf 546 vermehrt. Koll. Haberhauffe referierte über das Thema "Was tut uns not". Er führte ungefähr folgendes aus: Die Vorgänge in letzter Zeit müssen uns Veranlassung geben, die Augen offen zu halten. Auf dem Parteitag der U. S. F. D. in Halle ist die Spaltung perfekt geworden, die sogenannten Kommunisten sind befreit, die Gewerkschaften mit kommunistischen Zellen zu durchsetzen, gehen den Weisungen von Moskau. An dieser Tatsache dürfen wir nicht achtlos vorübergehen. Die Gewerkschaften dürfen nicht der Kampfpflicht politischer Auseinandersetzungen sein; für uns heißt es "Proletariat aller Länder, vereinigt euch" und nicht zerplittert euch. Dann tritt das Wort Rebels zu: "Unser ist die Welt trotz alledem." Unter Punkt Verschiedenes wurden die Löhne in der Margarine-Industrie kritisiert. Am 31. Oktober war in Hülter eine Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung. Dort waren die Kollegen der Kalkwerke vertreten, aber nicht die der Margarinefabrik W. Rau. Kollege Haberhauffe gab den Bericht über die Lohnverhandlung mit den Unternehmern der Kalkwerke, welche ge scheitert sind. Die Arbeiterchaft hält an ihren Forderungen von 30 Prozent fest.

Oberswalde. Am 21. Oktober fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Kollege Ziemann führte aus: Am 2. Mai d. J. haben wir mit Oberberg zwecks Verschmelzung getagt. Es galt für unser Wirtschaftsbereich eine Einheitsfront zu schaffen, um gegen das Unternehmertum einig und gestärkt dazustehen. Leider ist die Verschmelzung gescheitert, und zwar liegt die Schuld auf Seiten Oberbergs. Hier hat man nicht der Sache nach geurteilt, sondern hat die Personfrage in den Vordergrund gestellt. Kollege Ziemann gibt das Verhalten der Kollegen Mees und Melcher bekannt. Die anwesenden Delegierten erheben sich von den Sitzen. Der Geschäftsführer Kollege Badger gibt nun den Geschäfts- und Kassenbericht. Redner führte aus, dass die Arbeiter der Firma Krüger noch sehr niedrige Löhne hätten, sie werden daher, als dass sie sich der Gewerkschaft anschließen. Zum Kassenbericht übergehend, führte Redner aus: Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 22 059,63 Mark, die Lokalkasse von 14 848,68 Mark. An die Hauptkasse wurden gezahlt 17 710,17 Mark. Bestand der Lokalkasse für das 1. Quartal 2025,76 Mark. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 976 männliche und 277 weibliche. Dem Geschäftsführer wurde Entlassung erteilt. Zur Änderung des Ortsrats führte Kollege Ziemann aus, dass wir uns den Beschlüssen des Verbandstages anpassen müssen. Sämtliche vorgeschlagenen Änderungen werden angenommen. Zur Anstellung des Geschäftsführers wird ein Entwurf der Gehaltskommission vorgelesen. Man hat gegen die Festlegung der Stufen nichts einzuwenden. Bezüglich des Urkaufs und bei Krankheitsfällen ist die Versorgung der Arbeiter gegenüber zu groß. Besonders geling es unserer Gewerkschaft, für unsere Kollegen auch mehr herauszubekommen. Was die Gehaltszahlung im Krankheitsfälle anbetreff. Kann doch oben-

drein, wenn der betreffende Angestellte seine Tätigkeit entsetzt, kein Krankengeld gezahlt werden. Wo, in welcher Branche in unserer Gewerkschaft haben wir dieses schon erreicht? (Also sollen die Unternehmer uns ein gutes Beispiel geben, statt umgekehrt, wir ihnen? Die Red.) Die Ortsverwaltung zahlt die Beiträge für den Angestellten zur Krankenkasse und muß nachher berechnen, auch im gegebenen Falle bei fortlaufender Gehaltszahlung drei Monate das Krankengeld in die Lokalkasse einbringen. Man kommt zu dem Resultat, den Kollegen Bader unter einer besonderen Verträge anzustellen, womit ein Einvernehmen erzielt wird. Unter „Verpflichtetes“ wurde befristet, daß für verstorbenen Angehöriger statt eines Kranzes mit roter Schleife 30 Mark in bar ausbezahlt werden sollen.

Hamburg. Ferdinand Timmermann †. Am Sonnabend, dem 6. November 1920, verschied nach kurzem, langem Leiden im 50. Lebensjahre unser Kollege F. Timmermann. Ferdinand Timmermann ist am 8. November 1870 zu Ratzeburg geboren. Nachdem er die Volksschule verlassen, wurde er als einfacher Arbeiter seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Gummiarbeiter hat er später befreundet mit seiner treuen Gattin, die ihm im Jahre 1913 im Tode hinwegnimmt, eine zahlreiche Familie unterhalten. Im Januar 1891 trat Timmermann in unsern Verband in Wandersbet bei und wurde bald darauf als Bevollmächtigter gewählt. Unter seiner unermüdeten Leitung erreichte die Bezirksstelle Wandersbet eine stattliche Mitgliederzahl. Nachdem im Jahre 1906 die Bezirksstelle Wandersbet sich mit Hamburg verschmolzen hatte, wählte ihn die Hamburger Mitgliedschaft im Februar 1907 als bevollmächtigten Einzelarbeiter. Im Jahre 1919 wurde er Agitationsleiter der Bezirksstelle. Wiederholt hat er als Delegierter an den Verhandlungen unserer Verbandstage mit großem Interesse teilgenommen. Getreu den alten gewerkschaftlichen Grundgedanken hat er bis zu seinem Tode nach beiden Seiten an der Entwicklung unserer Organisation mitgewirkt. Im politischen Leben nahm Timmermann ebenfalls regen Anteil. Im Jahre 1919 ward er in Wandersbet, wo er lange Jahre ebenfalls als Ortsvorsitzender der Partei wirkte, als Stadtratsmitglied und als unparteiisches Magistratsmitglied gewählt. Auch auf diesem Gebiete hat er sich die Achtung der Parteigenossen und der bürgerlichen Vertreter der Stadt Wandersbet erworben. Nach Aussage der Ärzte soll er vor Jahren einen Schlaganfall in sich aufgenommen haben. Im Jahre 1917 mußte er sich infolge dessen bereits zweimal einer schweren Operation unterziehen. Im letzten Zustande berief er das Krankenhaus. Am 14. September d. J. brach er in einer Veranlassung unter der Beachtung seines Lebens zusammen und mußte sich erneut einer schweren operativen Operation unterziehen. In der Früh des 6. November 1920 wurde er von seinem quälenden Leiden durch den Tod erlöst. An seiner Bahre trauerte eine zweite Gattin, die ihn in liebevoller Hingebung bis zuletzt gepflegt hat, mit drei unmündigen Kindern. Wir werden ihn stets ein geliebtes Andenken bewahren.

Endwischungen. Am 7. November fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Den Geschäftsbereich gab Kollege Käppler. Einleitend gedachte Käppler erst des Gedächtnisses der deutschen Revolution, der schweren wirtschaftlichen Kämpfe, welche wir während dieser zwei Jahre durchzuführen hatten und gedachte am Schluß der Tagung des Nationalkongresses der deutschen Gewerkschaften, dabei auf die Gefahren aufmerksam machend, die uns von diesen gelben Sammelplätzen drohen. Aus dem Bericht selbst ging hervor, daß im 3. Quartal 50 Verhandlungen stattgefunden; Kongressen der verschiedenen Industrien fanden neun statt. Mitgliederversammlungen fanden 16, Betriebsversammlungen 25, Sektionsversammlungen 23, davon 3 in Berlin, Vorstands- und sonstige näher spezifizierbare Sitzungen fanden 32 statt. Die Parteitag- und Ansgänge zeigen eine bedeutende Steigerung gegenüber vorigem Quartal. Erläuternd ging man besonders auf den Fall gegen ein, dabei betonend, daß auch Herr Dr. Käppler in Berlin dabei war, daß die damalige Kündigung zu Unrecht erfolgt ist und daß Herr Dr. Käppler ausdrücklich anerkannt hat, daß auch er an den Zusammenstoß geknüpft ist, den man von der Partei erwarten darf. Jedenfalls ein nicht zu unterschätzender moralischer Erfolg, daß alle Firmen mit denen wir im Vertragsverhältnis stehen, auch in allen Einzelheiten den vorgeschlagenen Zusammenstoß einhalten haben. Auch die Angelegenheit Herr Oppen wurde vom Redner näher beleuchtet, dabei hervorhebend, daß das, was als Reputier der zehnjährigen Verhandlungen bezeichnet werden kann, von der Gegenseite nicht eingehalten wird. Einleitend erzielten sich bei dem gemeinsamen Gespräch aus, jedoch willfährig; Maßregelungen finden hier. Unbezügliche Lohnsätze, notwendige Eingriffe in die Rechte des Arbeiters etc. Es haben deshalb am 3. und 4. 11. 1920 zwei Verhandlungen stattgefunden, die weit erweiterter Natur waren, als alle vorhergehenden. Als Reputier derselben ist folgende Erklärung zu verstehen zu haben:

- 1. Die verschiedenen Arbeiter werden binnen 14 Tagen wieder eingestellt und Ausnahme einer vorübergehenden Zeit von Füllen, in dem es sich um Personen handelt, die vom Betriebsstandpunkt aus geeignet sind.
2. Die Frage, inwieweit ledige Arbeiter mit Nebenarbeiten beauftragt und deshalb möglich, bald wieder eingestellt werden können, wird geprüft.
3. In den Betrieben Endwischungen und Oppen werden fremde Arbeiter in keine Weise eingestellt, als auch Oppen Arbeiter nicht wieder eingestellt sind, wenn es sich nicht um solche vom Betriebsstandpunkt aus geeignete Arbeiter handelt, die überhaupt nicht wieder eingestellt werden können. Die Reinstellung fremder Arbeiter erfolgt jedoch ausschließlich dann, wenn eine solche im Interesse des Betriebes notwendig ist (zum Beispiel Einstellung von Hilfsarbeitern, Junggehilfen).

Die Geschäftsleitung erklärt weiter: Das Recht, innerhalb des Geschäftsbereichs Arbeiter in andere Betriebe zu versetzen, muß sich die Geschäftsleitung vorbehalten.

Den Angehörigen erwiderte Kollege Dandmann; ihm ist zu entnehmen, daß die Entnahme und Ausgabe der Hauptkasse mit 119.503,25 Mark blühen und die Lokalkasse einen beträchtlichen Rückstand aufweisen hat. Der Mitgliederstand betrug 11.029 Mitglieder, davon 1238 weiblich. Die Rechnung war eine äußerst saubere und darauf aus, die Abgaben zu vermindern, was jetzt ein bedeutendes und erklärliches Ergebnis, auch ein. In die Mitglieder herangezogen werden muß; das wurde durch eine entsprechende Erklärung des Kollegen Dandmann bestätigt.

Der Bericht des Kollegen Dandmann wurde wegen der reichhaltigen Darstellung und der hervorragenden Zeitgenossenschaft. Die Zahl von 4 Mitgliedern zum Gesamtstand ergibt folgendes Resultat: 50, 700, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000, 15000, 20000, 30000, 40000, 50000, 60000, 70000, 80000, 90000, 100000, 150000, 200000, 300000, 400000, 500000, 600000, 700000, 800000, 900000, 1000000, 1500000, 2000000, 3000000, 4000000, 5000000, 6000000, 7000000, 8000000, 9000000, 10000000, 15000000, 20000000, 30000000, 40000000, 50000000, 60000000, 70000000, 80000000, 90000000, 100000000, 150000000, 200000000, 300000000, 400000000, 500000000, 600000000, 700000000, 800000000, 900000000, 1000000000, 1500000000, 2000000000, 3000000000, 4000000000, 5000000000, 6000000000, 7000000000, 8000000000, 9000000000, 10000000000, 15000000000, 20000000000, 30000000000, 40000000000, 50000000000, 60000000000, 70000000000, 80000000000, 90000000000, 100000000000, 150000000000, 200000000000, 300000000000, 400000000000, 500000000000, 600000000000, 700000000000, 800000000000, 900000000000, 1000000000000, 1500000000000, 2000000000000, 3000000000000, 4000000000000, 5000000000000, 6000000000000, 7000000000000, 8000000000000, 9000000000000, 10000000000000, 15000000000000, 20000000000000, 30000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 60000000000000, 70000000000000, 80000000000000, 90000000000000, 100000000000000, 150000000000000, 200000000000000, 300000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 600000000000000, 700000000000000, 800000000000000, 900000000000000, 1000000000000000, 1500000000000000, 2000000000000000, 3000000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 6000000000000000, 7000000000000000, 8000000000000000, 9000000000000000, 10000000000000000, 15000000000000000, 20000000000000000, 30000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 60000000000000000, 70000000000000000, 80000000000000000, 90000000000000000, 100000000000000000, 150000000000000000, 200000000000000000, 300000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 600000000000000000, 700000000000000000, 800000000000000000, 900000000000000000, 1000000000000000000, 1500000000000000000, 2000000000000000000, 3000000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 6000000000000000000, 7000000000000000000, 8000000000000000000, 9000000000000000000, 10000000000000000000, 15000000000000000000, 20000000000000000000, 30000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 60000000000000000000, 70000000000000000000, 80000000000000000000, 90000000000000000000, 100000000000000000000, 150000000000000000000, 200000000000000000000, 300000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 600000000000000000000, 700000000000000000000, 800000000000000000000, 900000000000000000000, 1000000000000000000000, 1500000000000000000000, 2000000000000000000000, 3000000000000000000000, 4000000000000000000000, 5000000000000000000000, 6000000000000000000000, 7000000000000000000000, 8000000000000000000000, 9000000000000000000000, 10000000000000000000000, 15000000000000000000000, 20000000000000000000000, 30000000000000000000000, 40000000000000000000000, 50000000000000000000000, 60000000000000000000000, 70000000000000000000000, 80000000000000000000000, 90000000000000000000000, 100000000000000000000000, 150000000000000000000000, 200000000000000000000000, 300000000000000000000000, 400000000000000000000000, 500000000000000000000000, 600000000000000000000000, 700000000000000000000000, 800000000000000000000000, 900000000000000000000000, 1000000000000000000000000, 1500000000000000000000000, 2000000000000000000000000, 3000000000000000000000000, 4000000000000000000000000, 5000000000000000000000000, 6000000000000000000000000, 7000000000000000000000000, 8000000000000000000000000, 9000000000000000000000000, 10000000000000000000000000, 15000000000000000000000000, 20000000000000000000000000, 30000000000000000000000000, 40000000000000000000000000, 50000000000000000000000000, 60000000000000000000000000, 70000000000000000000000000, 80000000000000000000000000, 90000000000000000000000000, 100000000000000000000000000, 150000000000000000000000000, 200000000000000000000000000, 300000000000000000000000000, 400000000000000000000000000, 500000000000000000000000000, 600000000000000000000000000, 700000000000000000000000000, 800000000000000000000000000, 900000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000000000, 100, 15000000000000000000000000000000000000000, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 100, 15000, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1500, 2000, 3000, 4000, 50000000000

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie des Bezirks Hannover-Braunschweig.

Am Sonntag, dem 31. Oktober, fand im „Vollheim“ zu Hannover die Konferenz der Arbeiterschaft vorgenannter Industrie statt. Aus dem Bezirk waren 81 Kollegen und Kolleginnen, von der Gewerkschaft Kollege Pröhl und vom Hauptvorstand Kollege Köppler erschienen.

Kollege Pröhl (Hannover) führte einleitend aus, daß Arbeitgeber, die durch schlechten Geschäftsgang angeblich nicht in der Lage seien, die im Tarif festgesetzten Lohnsätze zu zahlen, die Berechtigung verlangen, mit Einverständnis der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft und unter Anrufung des Schlichtungsausschusses niedrigere Löhne zu zahlen. Seitens der Vertretung der Arbeiterschaft wurde erklärt, daß dieses nur dann in Frage kommen könne, wenn die Arbeitgeber die Bilanz vorlegen, woraus deutlich zu ersehen ist, ob das Unternehmen mit Gewinn oder Verlust arbeitet. Pröhl führte weiter aus: Infolge des wirtschaftlichen Niederganges wurden wir von den Kollegen gedrängt, sog. Wirtschaftsbefehle oder Zeuerungsanträge zu fordern, und zwar für die Belegschaften 300 Mark, für die Unterbelegschaften 200 Mark, für jedes Kind 50 Mark. Dem Auftrage ist entsprochen worden. Der Arbeitgeberverband hat die Zahlung einer Wirtschaftsbefehle abgelehnt, hat aber seinen Mitgliedern empfohlen, den Arbeitnehmern auf Antrag Vorschüsse zu gewähren. Eine entsprechende Umweisung sei bereits an die Mitglieder ergangen. Von der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes und in letzter Zeit auch von den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse wird immer darauf hingewiesen, daß der vorläufige Lohn der chemischen Arbeiter schon höher sei als in der Metallindustrie. Unser Hinweis, daß in der Metallindustrie zu 90 Prozent in Nord gearbeitet wird, fand nicht die genügende Würdigung. Es wird der Vorschlag gemacht, auf die bisher gezahlten Löhne einen Zuschlag von 20 Prozent im Durchschnitt zu fordern. Die Gruppeneinteilung im alten Tarif wurde als nicht vorteilhaft für die Arbeiterschaft bezeichnet.

In der Diskussion erklärte ein Kollege, daß für seinen Betrieb eine günstige Geschäftslage zu konstatieren sei, die Firma von einer Lohn-erhöhung aber nichts wissen wolle. Zur Verminderung der Arbeitslosen sei sie bereit, Arbeitsplätze einzustellen. Die Düngefabriken klagen über Schwierigkeiten im Absatz.

Der Kollege K. erklärt, daß man nie seine Zustimmung dazu geben würde, den Belegschaften auf Kosten der Jugendlichen Lohnhöherungen zu gewähren. Er erklärt ferner, die Ortslohnklassen seien ein Kennzeichen und es müßte auf Einschränkung gedrungen werden. Der Tarif brähe das nicht, was unter den jetzigen Verhältnissen bezahlt werden müsse, und wäre die Arbeiterschaft mit der Forderung des Tarifes einverstanden. Kollege R. (Hauptvorstand) bittet, nicht auf die allgemeinen Zeuerungsverhältnisse einzugehen, sondern sich streng an dem zu halten, zu dessen Zweck die Konferenz einberufen sei. Darüber seien sich wohl alle Konferenzteilnehmer klar, daß die Zeuerung jeden einzelnen stark in Mitleidenhaft ziehe.

Kollege S. teilt mit, daß seine Firma bereits eine Zeuerungszulage gewährt hat, und zwar für Belegschaften 200 Mark, für Unterbelegschaften 100 Mark, für Frauen 150 Mark. Er ist mit der Forderung von 20 Prozent Lohnhöherung nicht einverstanden und stellt den Antrag, eine 30prozentige Zulage zu den jetzt bestehenden Löhnen zu fordern.

Kollege G. stellt fest, daß seine Firma die Absicht hat, Ueberstunden einzulegen. Er bittet aber, es bei der Forderung von 20 Prozent Lohn-erhöhung zu lassen.

Kollege K. klagt darüber, daß es seinem Arbeitgeber gelungen sei, die Arbeiterschaft, die bisher nach der 1. Klasse entlohnt wurde, in die 2. Klasse zu bringen. Mit einer Wirtschaftsbefehle, die gewährt worden sei und die 120 Mark und für jedes Kind 72 Mark betragen soll, sei der Arbeiterschaft nicht geholfen.

Kollege R. (Hauptvorstand, Hannover) stellt gegenüber den Aus-schüßungen fest, daß Einreichung in eine niedrigere Lohnklasse nur mit Zustimmung der Vertragskontrollanten geschehen könne. Die Kollegen hätten sich mit der Einleitung in eine niedrigere Lohnklasse nicht zufriedengeben dürfen. Die Angelegenheit soll von der Gewerkschaft untersucht werden.

Kollege K. verlangt, daß 50 Prozent als Mindestforderung zu be-zeichnen sei. Ferner müsse darauf gedrungen werden, daß die 3. Orts-lohnklasse in Fortfall kommt.

Ein Redner gibt seinem Bestreben darüber Ausdruck, daß mit einem Male der Geschäftsgang wieder nachgelassen habe, und er fürcht das darauf zurück, daß die Unternehmer wohl schon Wind von den Absichten der Arbeiterschaft bekommen haben. Sie werden sich nachher auf schlechten Geschäftsgang berufen.

Kollege S.: Die Löhne sind nicht so, wie sie sein sollten, um unter den heutigen Verhältnissen auskömmlich leben zu können. Es geht in der Industrie viel aus, und wir haben alle Ursache, uns nach den Gründen zu erkundigen. Wir dürfen es aber auch nicht unterlassen, zu unterhandeln, so die Forderungen durchzusetzen sind. Die chemische Industrie ist noch in der Lage, die Löhne auszubessern. Die Arbeit-erschaft muß sich aber auch bewußt sein, daß sie nur durch Einigkeit dem Unternehmertum etwas abringen kann.

Contentius (Hannover): Die chemische Großindustrie ist gar beschäftigt und hat bisher auch gute Gewinne abgeworfen. Zu der Ein-teilung der Ortslohnklassen gehen unsere Ansichten und Wünsche mit den Unternehmern weit auseinander. Die Unternehmer haben die Absicht, noch Zwischenschichten einzuführen, wogegen sich die Arbeiterschaft wehren

wird. In der Lohngruppeneinteilung stehen wir hier im Bezirk so ziemlich allein da, und es ist durch statistische Erhebungen festgestellt, daß höchstens 10 Prozent in Gruppe 1 und 90 Prozent in Gruppe 2 und 3 sind. Die Argumente, die von Seiten der Arbeitnehmer angeführt werden und in den Verbrauchsberechnungen ihren Ausdruck finden, werden von den Unternehmern immer mit dem Hinweis entkräftet, daß die Industrie nicht leistungsfähig sei.

Ein Kollege stellt den Antrag, 40 Prozent Zuschlag zu den bis-herigen Stundenlohnen zu fordern.

Scheinhardt (Hannover) äußert sich über Leistungs- und Bedarfslohne und warnt davor, sich vor den Wagen des Unternehmers spannen zu lassen. Durch Einstellung von Jugendlichen hätte der Unternehmer eine Handhabe, die Grundlohne herunterzubrüden. Die

Uneinigkeit der Arbeiter, ein Vorteil für die Unternehmer.

Die Händlerpresse schreibt:

„Der Auseinanderbruch der Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen machen sich auch in den Konsumvereinen, und zwar ungünstig für diese, geltend. Die fortschreitende politische Radikalisierung in der Arbeiterschaft bringt es ganz offenbar mit sich, daß Sachverständnisse und sachliche Erfahrung zugunsten politisch radikaler Elemente von der Leitung und Verwaltung der Konsum-Genossenschaften zurückgedrängt werden. Uns kann es natürlich nur recht sein, wenn die Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung auch innerhalb der Konsumvereinswirtschaft nicht haltmacht.“

Arbeitgeber versuchen heute schon, über die Köpfe der Organisationsleitung mit den Betriebsräten Abschlüsse herbeizuführen. Die Betriebsräte müssen darauf achten, daß sie von den Arbeitgebern nicht über-vorteilt werden.

Dreier (Hüneburg) hat die Beobachtung gemacht, daß auch bei ganz geringen Forderungen kein Verständnis bei den Arbeitgebern zu finden sei.

In seinem Schlusswort führt Kollege Pröhl aus, daß die Mehr-zahl der Kollegen der Auffassung sei, eine 30prozentige Zulage zu den jetzt bestehenden Löhnen zu fordern. Wir würden mit dieser Forderung, wenn sie von den Arbeitgebern bewilligt wird, ungefähr mit den im übrigen Reich gezahlten Löhnen gleichkommen. Er bemerkt, daß in verschiedenen Bezirken die Löhne höher sind als im Bezirk Hannover-Braunschweig, und wo außerdem noch Kinderzulagen gezahlt werden. Wenn bei neuen Abmachungen das Angebot der Arbeitgeber nicht das bringt, was die Kollegen hoffen, werden wir vorerst nicht unterzeichnen, sondern es einer neu einzuberufenden Konferenz vorlegen. Bei der darauf folgenden Abstimmung wird die Forderung des Vertrages zum 1. Dezember 1920 und eine Lohnhöherung von 30 Prozent einstimmig angenommen. Die bisherige Lohnkommission bleibt bestehen. Abgelehnt wurde der Antrag, die 3. Ortslohnklasse in Fortfall zu bringen.

K o g, Schriftführer.

Eine Konferenz für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Schlesiens

fand am 31. Oktober in Breslau mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht über den Stand der Verhandlungen in der chemischen Industrie. Referent: Kollege Thiene (Breslau).
2. Vortrag über die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie und die gewerkschaftliche Organisation. Referent: Kollege Haupt (Hannover).
3. Schiedsbesene.

Kollege Thiene eröffnete um 10 1/2 Uhr die Konferenz. Das Bureau setzte sich zusammen: Vorsitzender Kollege Thiene (Breslau), stellvertretender Vorsitzender Kollege Gede (Breslau), Schriftführer: Kollegin Böhm (Breslau).

Kollege Thiene erstattete den Bericht über den Stand der Ver-handlungen in der chemischen Industrie. Er freute sich sehr über den Gang früherer Verhandlungen. Wenn das Ergebnis der Ver-handlungen bis jetzt kein befriedigendes genannt werden konnte, so sei das in Schließen früher so schlechte Organisationsverhältnisse schuld. Die Unternehmer stellen das sehr in Rechnung; sie prüfen die Stärke der Unterhändler, d. h., welche Masse hinter denselben steht, und je nach dem Ergebnis dieser Prüfung schlagen sie ihre Taktik bei den Verhand-lungen ein. Die vorletzten Verhandlungen seien gescheitert, der Schlichtungsausschuß mußte angerufen werden und, da auch dort Einigung nicht erzielt werden konnte, kam die Sache vor den Zentral-schlichtungsausschuß. Hier wurde ein weniger günstiger Schiedspruch gefällt, und zwar eine Familienzulage von 15 Pf. pro Kopf der Familie und Stunde. Ausgeschlossen von diesem Schiedspruch waren die Dach-pappen- und Glasfabrikbetriebe, die seitens der Arbeitgeber als not-leidende Betriebe bezeichnet wurden. Kollege Thiene wies auf die Folgen hin, die entstanden wären, wenn auf diesen Schiedspruch hin-

einander getreilt worden wäre. Den Unternehmern wäre dies ein gesundenes Freies gewesen. Der Schiedspruch lief bis zum 30. Sep-tember 1920; infolgedessen wurde im Gaubeirat zu neuen Forderungen Stellung genommen. Hier wurde beschlossen, nachstehende Forderungen einzufordern:

1. zu dem bestehenden Stundenlohn ein genereller Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde.
2. Die bestehende Familienzulage von 15 Pf. pro Kopf der Familie und Stunde sollte in eine Kopfzulage von 5 Mk. pro Mann, pro Kopf der Familie und Woche umgewandelt werden.
3. Die oberflächlichen Betriebe werden den oberflächlichen Verhält-nissen entsprechend angepaßt.

In einer durch die Unternehmer auf diese Forderungen hin an-beraumten Vorbesprechung wurde seitens der Arbeitgeber erklärt:

1. von einer generellen Lohnhöherung kann keine Rede sein,
2. unsere geforderte Kopfzulage von 5 Mk. wurde rund heraus ab-gelehnt; an Stelle der bis jetzt gezahlten 15 Pf. Familienzulage wollten die Unternehmer 10 Pf. zahlen.

Die Vorbesprechung wurde darauf abgebrochen. In den nun folgenden Verhandlungen gaben die Unternehmer an, daß ihre Betriebe in drei Klassen fallen, und zwar in notleidende, weniger notleidende und normal gehende Betriebe. Nach langen Verhandlungen machten die Un-ternehmer nachstehendes Angebot:

Für normal gehende Betriebe 35 Pf. pro Stunde Zulage. Betriebe, die bisher Kopfzulage, d. h. die Familienzulage, nicht ge-währten, zahlen dieselbe auch ferner nicht.

Darauf würden eine große Reihe von Betrieben überhaupt keine Zulage zahlen, z. B. Rindholzindustrie und Dachpappen-Industrie. Zu diesem Angebot konnten wir keine Zustimmung geben. Wir wollten nun über die Handwerkerlöhne zuerst verhandeln. Die Handwerker haben immer eher Lohnaufbesserung erlangt. Die anderen Arbeiter. Daraus ergab sich zuletzt, daß sie umhoch über die Arbeiter entlohnt wurden. Es entstand eine Spanne von 80 bis 100 Pf. Dies wollten wir bei den jetzigen Verhandlungen verhindern; der Mehrdienst der Handwerker sollte höchstens 30 Pf. pro Stunde betragen. Die Unter-nehmer durchblickten dies und lehnten es ab, mit den Handwerkern zu verhandeln. Dem haben sich die Vertreter der Handwerker auch nur in äußerst geringem Maße entgegengelehrt. In der chemischen In-dustrie ist die Organisation noch nicht einheitlich.

Weiter führte Kollege Thiene aus: Die Dachpappen-Industrie in Schlesien liegt so gut wie darnieder, da hier kein Absatzgebiet vorhanden ist, trotzdem Reparaturen an Dächern notwendig wären.

In der Rindholzindustrie kann man auch nicht turnhohe Forde-rungen stellen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der chemischen Industrie treten hier so kraß zutage, daß manche Zweige in der chemischen Industrie hemmend wirken. Hier liegt der Gedanke fast nahe, für die beiden letztgenannten Gruppen Sondernormen abzuschließen. Kollege Thiene empfahl dies nicht. Sondernormen seien von der Gefahr aus, daß die betreffenden Kollegen dann nicht mehr vorwärts zu bringen wären, deshalb könne dies nicht empfohlen werden und es müsse versucht werden, einen einheitlichen Tarif abzuschließen. Auch jege einheitlicher Abschluß des Vertrages voraus, daß der eine oder andere Betrieb Rücksicht auf seinen schwächeren Bruder nimmt. In Frage komme hier hauptsächlich die Sprengstoff-Industrie. Für unsere Kollegen in dieser Industrie haben wir, wie eingangs erwähnt, den Lohn gefordert, der in den berg- und hüttenmännischen Betrieben gezahlt wird, da die Sprengstoff-betriebe fast ausschließlich sich in Oberschlesien befinden. Unsere chemischen Betriebe in Oberschlesien liegen nicht in der Zentrale der Großindustrie Oberschlesiens; sie liegen außerhalb des Zentrums, daher ist es uns noch nicht gelungen, die uns zustehenden Beträge an-uns zu ziehen, und daher kommen wir in die widerwärtigsten Ver-hältnisse. Die Sprengstoff-Industrie in Oberschlesien haben wir ja jetzt einigermaßen heran. Der Stundenlohn in der chemischen Industrie beträgt hier 4,65 Mk.; hinzu kommt noch die Familienzulage von 15 Pf. pro Stunde und Kopf der Familie.

Auch die Sprengstoff-Verlegetellen, die zur Sprengstoff-Industrie zweifellos gehören, müssen dieser Industrie näher gebracht werden. Die Sprengstoff-Verlegetellen in Carlowitz ist von den Transportarbeitern organisiert. Die Arbeiterschaft streift schon längere Zeit, da die Unter-nehmer mit den Transportarbeitern nicht verhandeln. Für die Verlege-stellen werden wir eine besondere Gehaltszulage ausarbeiten müssen, wenn wir mit unseren Löhnen einig sind, um dann die Verlegetellen mit der Sprengstoff-Industrie zusammenzuführen.

An der nun folgenden Diskussion war rege Beteiligung.

Kollege Piegla (Winnberg) ist der Meinung, daß auch für die Rindholzindustrie Lohnzulage gewährt werden muß.

Bertmerth (Breslau) erklärt, die meisten Dachpappenbetriebe hätten Baugeschäfte und wäre deshalb ihr Geschäftsgang als guter zu bezeichnen. Er verlangt hohe Lohnzulage.

Schneider (Saarau): Die chemische Großindustrie in meinem Jagstfeldbereich floriert gut. Er schlägt den Abbau der Familien-zulage vor, an deren Stelle ein Lohnzuschlag von mindestens 1,65 Mk. pro Stunde zu treten hat.

Erner (Hirschberg): Die Gangsäben-U.-G. gehört zu den Groß-betrieben und kann auf jeden Fall höhere Löhne zahlen.

Scheer (Hirschberg) führt aus, daß die Arbeiterschaft der Glanz-fäden-U.-G. seit Mai keine Lohnaufbesserung erhalten habe, außer 10 Pf., die Kollege Ener herausgeholt habe; er verlangt unbedingt Lohn-zulage und schlägt vor, Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Herzog (Ratibor) bespricht die oberflächlichen Verhältnisse. Die dortigen Kollegen müssen im Lohn den oberflächlichen Löhnen in der Großindustrie angepaßt werden.

Technische Probleme.

Von Ernst Trebejus.

Erfolg für die Kohle. — Steigerung der Bodenerträge. — Das Kleinflugzeug.

Zu den mancherlei Aufgaben, die gerade in unserer Zeit besonders dringlich der Lösung harren, gehört vor allem die Erzeugung der Kohle durch eine andere Energiequelle. Ohne Zweifel ist unsere gegenwärtige Energiemittelkraft, die zum weitesten Teil aus der Kohle besteht, nicht reichlich unabhängig und kompliziert, fast möchte man sagen bar-barisch. Man beachte. Obwohl wir auf der Oberfläche unseres Planeten der Wind, die Wasserkräfte, die Sonnenwärme, atmosphärische Elektrizität und Meeresströme zur Verfügung stehen, sind wir ausgerechnet auf die schwarzen Diamanten in erster Linie angewiesen, müssen sich ständig auf dem Erdenrund über eine Million Menschen in tiefe, gefährliche Schächte begeben und darin in allen Stellungen nach Kohle jähren, um die Räder der Weltwirtschaft im Gange zu erhalten. Gewiß, diese Tatsache findet ihre hinreichende Erklärung in der bisherigen Entwicklung der Technik, die nur fast der Kohlenwärme ihren beispiellosen Siegeszug antreten konnte. Zusammenfassend als ein idealer Zustand ist die jetzige Ab-hängigkeit von der Kohle nicht zu betrachten, ganz abgesehen davon, daß diese Energiequelle einigt verzieht und das Problem ihres Ertrages derzeit un-löslich gelöst werden muß. Hier liegt offenbar eine Knackstelle unserer sonst so modernen und vorwärtsstrebenden Technik vor, oder umde ausgebrütet: ein technisches Problem, das dringend gelöst werden muß.

Da die Ausbeute des Windes, der Sonnenwärme, der Wasser- und Meereskräfte den vorhandenen Energiebedarf nicht decken könnte bzw. zu kompliziert und damit auch zu teuer in der Gewinnung wäre, läßt sich die atmosphärische Elektrizität und die Energie der Atome in Frage. An beiden Aufgaben wird zur Zeit lebhaft gearbeitet. In beiden Fällen handelt es sich um atmosphärische Energiequellen, die erst mit dem Ende unseres Planeten verfliegen würden.

Wolle eine fünfjährige Leidenszeit eripart worden wäre. Hier handelt es sich um ein Problem, das eigentlich schon gelöst ist und nur einer großzügigen Umsetzung in die Praxis bedarf. Zunächst stehen uns heute (abgesehen von der Düngung) zwei Mittel zur Verfügung, um die Bodenerträge ganz bedeutend zu erhöhen. Das ältere der beiden Ver-fahren wurde zuerst in England nach den Vorschlägen von Sir Oliver Lodge erprobt. Es handelt sich dabei um die Fütterung des Geweide-wachstums mit Hilfe hochgespannter Gleichstroms, der die Felder über-spant, die auf Lärchenhöhenlagen in etwa 5 bis 6 Meter Höhe isoliert verlegt wurden. Der durch das Netz geleitete Gleichstrom hatte 60 000 bis 100 000 Volt Spannung und ganz niedrige Stromstärke. Die Gesamtleistung für 1 Hektar Ackerland betrug nur 25 bis 75 Watt. Nach Mitteilung des englischen Landwirtschaftsministeriums betrug der Mehr-ertrag bei elektrischer Behandlung ca. 50 Prozent beim Getreide und 88 Prozent beim Hafentrost. Ähnlich günstig lagen die Verhältnisse ergebnisse bei allen anderen Pflanzen.

Nach günstiger Versuchsergebnisse ergehen die großartigen Verträge, die auf Veranlassung des Generaldirektors Böger der Dr.-Ing. Riedel gemeinsam mit der „Dortmunder Union“ vornehm. Dr. Riedel ver-wendete dabei keine Elektrizität, sondern die in den Hochspannungsauf-geleitete Kohlenströme, die den Feldern in durchlöcherigen Gemeindewäldern ge-führt wurde. Zuvor galt es natürlich, die Hochspannung von den jahre-langen Beständen, insbesondere den schwachen Säulen, gründlich zu reini-gen. Wurde einst die Hochspannung, da man sie frei erweitere, ließ, zum Glück der ganzen Umgebung, deren Vegetation kaum verschä-digt, so können sie bei dieser Anwendung zum reichen Segen werden. Versuche ergaben bei der Behandlung mit Kohlenströmen von 2000 bis 3000 Volt bei 2,5 bis 3 Ampere Strom. Zuletzt wurden die Versuche in großer Maße ausgedehnt und 30 000 Quadratmeter Ackerland „versorgt“. Hierbei ergaben Tomaten über die doppelte und Kartoffeln gar die vier-fache Menge. Dr.-Ing. Riedel kommt zu dem Schluss, daß die Aus-nutzung der Kohlenströme eines einzigen Hochspannungselementes von 1 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln ergeben würde. Wäre dieses Ver-fahren bei Beginn des Krieges erachtet und mit aller Energie bei ähn-lichen Hochspannungen angewendet worden, so hätten wir vermutlich keine tonnenreichen Kartoffeln und auch keine Fleischknappheit kennen gekannt.

dann genügend Futter vorhanden gewesen wäre. Heute gehören freilich zur Durchführung der beiden Möglichkeiten ungeheure Summen, und daran dürften die dahingehenden Pläne einstweilen scheitern.

Nach der unvergleichlich schnellen Entwicklung des Flugzeuges während der Kriegsjahre hatte man eigentlich eine viel unpassendere Verwendung dieses neuen Verkehrsmittels in der Nachkriegszeit erwartet. Wenn die private Fliegerei bisher nur wenig Anhänger gewann, so liegt dies an den außerordentlich hohen Kosten des ganzen Flugbetriebes. Der Kraftbedarf eines Flugzeuges ist im Verhältnis zur bewerkstelligten Kraft viel zu groß. Sicherlich bedeutet es eine riesige Energievergeudung, daß das Flugzeug zur Bewehrung von 2 oder 3 Personen etwa 60 bis 80 Pferdestärken erfordert. Einzel englische und französische Sportflugzeuge haben zwar in letzter Zeit nur 40—50pferdige Motoren erhalten, eines sogar ist nur mit 35 Pferdestärken ausgerüstet, doch ist auch dieser Energie-erzeugung im Verhältnis zum Automobil oder gar zur Eisenbahn noch viel zu ungenügend. Ein wirkliches Verkehrsmitel im Sinne des Auto-mobils vermag das Flugzeug erst zu werden, wenn der Kraftbedarf für die zu bewerkstelligende Person noch viel mehr verringert werden kann. Dahin laufen denn auch alle Bestrebungen der Fachleute, die sich mit dem Problem des Kleinflugzeuges befassen. Die Schwärzgruppe des deutschen Luftfahrerverbandes hat kürzlich einen Wettbewerb ausgeschrieben für einen kleinen Motor von nur 10 Pferdestärken Leistung. Die Schwärz-kreis legt darin, daß diese 10 Pferdestärken in einem Motor von nur 12 Kilogramm Gewicht erzeugt werden sollen. Ist erst einmal der kleine Motor geschaffen, dann dürfte auch das wirkliche Kleinflugzeug von ge-ringen Abmessungen und kleinem Gewicht nicht lange auf sich warten lassen. Wahrscheinlich werden bei dem Kleinflugzeug auch die neuesten Erfindungen des Segelfluges mit zur Anwendung gelangen. Das auf diesem Gebiet schon höchst beachtenswerte Fortschritte zu verzeichnen sind, davon liegt der Ingenieur Reichert mit seinem motorlosen Segelflugzeug erst kürzlich Zeugnis ab. Bei 8—10 Schwerkraftmotoren lag er vom Gipfel des Feldberges im Schwarzwald ab und schwebte ca. 2 Minuten lang zweimal über das Flugfeld, wobei er 2,3 Kilometer zurücklegte. Der Höhenverlust betrug dabei nur 55 Meter. Das verbesserte Segelflugzeug in Verbindung mit dem angeführten Kleinmotor sicherlich ein höchst ideales Kleinflugzeug ergeben. Aller Voraussicht nach wird somit dieses Problem sehr bald gelöst werden.

